

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG  
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

# Wochenbericht

25. Jahrgang

Berlin, den 21. November 1958

Nummer 47

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

## Die internationale und die westdeutsche Konjunktur Mitte November 1958

### Die internationale Situation

Das Konjunkturbild der westlichen Welt hat sich in den letzten Wochen stärker differenziert. Während sich in den Vereinigten Staaten von Amerika die wirtschaftliche Erholung fortsetzte, haben im westeuropäischen Wirtschaftsraum dämpfende Einflüsse die Oberhand gewonnen.

An der wirtschaftlichen Belebung in den Vereinigten Staaten haben alle Bereiche mit Ausnahme der Anlageinvestitionen der Wirtschaft teilgehabt. Nach den bisher vorliegenden Daten ist damit zu rechnen, daß auch im laufenden Quartal die effektive Nachfrage wiederum in fast allen Teilbereichen, diesmal wahrscheinlich sogar unter Einfluß der Ausrüstungsinvestitionen der Wirtschaft, zunehmen wird, so daß nur noch die industrielle Bautätigkeit ihre sinkende Tendenz weiter beibehalten dürfte. Gleichzeitig wird jedoch immer deutlicher, daß die Nachhaltigkeit des konjunkturellen Aufschwungs von einer Erhöhung der Verbrauchsneigung abhängig ist, die sich bisher noch nicht abgezeichnet hat.

Der Anstieg des Sozialprodukts wurde bisher getragen von einer Zunahme der öffentlichen Ausgaben, einer beachtlichen Steigerung der privaten Wohnbautätigkeit und den Lagerdispositionen der Wirtschaft. Auch die privaten Haushalte fragten mehr Güter und Dienste nach, doch blieb die Erhöhung der Verbraucherausgaben merklich hinter der Zunahme des verfügbaren Einkommens zurück. So stieg das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte — auf Jahresbasis — vom zweiten bis zum dritten Quartal um nicht weniger als 6,5 Mrd. \$ an. Von diesem Mehreinkommen wurden jedoch nur 3,7 Mrd. \$ verausgabt, die restlichen 2,8 Mrd. \$ dagegen gespart, so daß sich die gesamte Sparquote auf 7 vH erhöhte. War die Zunahme der Verbraucherausgaben für die wirtschaftliche Erholung auch unerlässlich, so stellte sie jedoch keine autonome Komponente im jüngsten konjunkturellen Ablauf dar.

Wenn der im September 1958 revidierte Haushaltsvoranschlag der amerikanischen Bundes-

regierung für das Finanzjahr 1958/59<sup>1)</sup> eingehalten werden wird, so ist nur noch ein geringer Spielraum für einen Zuwachs der öffentlichen Ausgaben gegeben. Infolge der wirtschaftlichen Belebung werden andererseits die Einnahmen über die revidierten Voranschläge hinausgehen, so daß das Defizit geringer ausfallen wird, als noch um die Jahresmitte vorausgeschätzt wurde. Die Haushaltsgebarung der amerikanischen Bundesregierung dürfte somit in den kommenden Monaten weder unmittelbar über die Ausgaben noch mittelbar über den Haushaltsaldo in dem bisherigen Ausmaß expansiv wirken; im Gegenteil, im Laufe des neuen Jahres könnten unter Umständen sogar leicht dämpfende Einflüsse fühlbar werden.

Von der privaten Wohnbautätigkeit sind künftig kaum noch stärkere Impulse zu erwarten, da die Bereitstellung von Hypothekarkrediten auf Schwierigkeiten stößt. Jedoch werden die Aufwendungen bis auf weiteres ihren in diesen Monaten erreichten hohen Stand halten und damit einen wichtigen stabilisierenden Faktor bilden. Wenn auch die jüngsten Umfragen über die Investitionsvorhaben erkennen lassen, daß die Wirtschaft eher eine leichte Zunahme der im Verlauf der „recession“ stark gekürzten Aufwendungen für Anlageinvestitionen plant, so hält sich diese doch in engen Grenzen. Die vorgesehenen Investitionen werden noch mehr als in der jüngsten Vergangenheit der Modernisierung des Produktionsapparates und damit in erster Linie der Senkung der Produktionskosten dienen. Diese Rationalisierungsinvestitionen leisten mit der Verbesserung des Verhältnisses von Kosten und Preisen einen wichtigen Beitrag zu der künftigen Preisstabilität. Nach Angaben des amerikanischen Arbeitsministeriums vermindert jedoch eine durch Rationalisierung erzielte dreiprozentige Produktivitätssteigerung im Bereich der verarbeitenden Industrie — die unter den gegenwärtigen Umständen ohne weiteres übertroffen werden wird — bei ausbleibender zusätzlicher Nachfrage die Zahl der Arbeitsplätze um 500 000.

<sup>1)</sup> 1. Juli 1958 — 30. Juni 1959.

Da das Arbeitskräftepotential in den Vereinigten Staaten jährlich noch um 700 000 bis 800 000 Menschen zunimmt, zeigen diese Größenordnungen die Schwere des Beschäftigungsproblems, mit dem sich die Vereinigten Staaten heute auseinandersetzen haben.

Im Monat Oktober hat sich wiederum eine Verbesserung der Umsätze und Auftragseingänge in der verarbeitenden Industrie und ihrer Relationen zu den Lagerbeständen abgezeichnet. Da sich jedoch die Zuwachsrate der primären Nachfrage verlangsamten dürfte, wird der Gang der Entwicklung entscheidend von dem Verhalten der Konsumenten bestimmt werden, die in ihren Kaufdispositionen noch immer vorsichtig sind, obwohl sie über genügend Mittel verfügen.

Die konjunkturelle Abschwächung in Westeuropa steht unter dem Einfluß der Produktionsrückgänge in Großbritannien und Frankreich. Wenn auch in der Bundesrepublik im konjunkturellen Spiel der Kräfte gegenwärtig die expansiven Faktoren leicht überwiegen, so sind sie jedoch nicht stark genug, um eine neue wirtschaftliche Expansion in Westeuropa einzuleiten. Gegenüber dem verhaltenen Wirtschaftstempo der führenden westeuropäischen Industrieländer fällt die Belebung der wirtschaftlichen Tätigkeit in Ländern wie den Niederlanden und Italien nicht ins Gewicht. In den mit Schwächetendenzen ringenden westeuropäischen Ländern ist die Wirtschaftspolitik zu anregenden Maßnahmen übergegangen. Doch legen Befürchtungen vor erneuten — angesichts der vielerorts vorhandenen Kapazitäts- und Arbeitskräfteüberschüssen — Preisaufrichtungstendenzen, in erster Linie aber vor erneuten Devisenschwierigkeiten, der wirtschaftspolitischen Führung überall große Zurückhaltung auf. Da eine erneute Wirtschaftsexpansion überall eine Zunahme der Importe hervorrufen wird, scheut sich jedes der Länder, deren Gold- und Devisenreserven gerade erst wieder ein zufriedenstellendes Niveau erreicht haben, den Partnerländern auf dem Wege der wirtschaftlichen Erholung voranzueilen.

Trotz der konjunkturellen Unsicherheit in den führenden Industriestaaten der Welt hat sich auf den Weltrohstoffmärkten, zum Teil in Erwartung einer stärkeren Nachfragebelebung, zum Teil auf Grund einer vorübergehenden Verbesserung einer Angebotssituation bei einzelnen Produkten ein leichter Anstieg der Kassanotierungen durchgesetzt; die festere Tendenz hat sich in den Terminnotierungen bisher allerdings nicht im gleichen Maße niedergeschlagen. Da in den Monaten der Baisse auf dem niedrigen Preisniveau langfristige Lieferverträge abgeschlossen worden sind, dürfte auch eine mehr als nur vorübergehende Preisfestigung an den Weltwarenmärkten den vorwiegend Rohstoffe produzierenden und -exportierenden Ländern kurzfristig noch keine nennenswerte Steigerung ihrer Devisenerlöse bringen.

#### Westdeutschland

Die Widerstandskraft und Zähigkeit, die die allgemeine konjunkturelle Entwicklung Westdeutschlands gegenüber den partiellen, sich vor allem im Kohlenbergbau zu einer gefährlichen

Absatzkrise ausweitenden Einbrüchen gezeigt hat, und die Stetigkeit, mit der die an sich nur mäßigen expansiven Kräfte die sich verschärfenden kontraktiven Faktoren immer wieder kompensierten, sprechen dafür, daß der allgemeine Fortschritt in der Entwicklung des westdeutschen Sozialprodukts auch bis Ende des Jahres keine grundlegende Änderung erfahren wird. Dabei dürfte der nominale Zuwachs leicht abnehmen, eine Abnahme, die aber infolge der tendenziell abwärts gerichteten Preisentwicklung das reale Wachstum nicht berührt, so daß die reale Zuwachsrate auf etwa 2 bis 3 vH verharren dürfte. Auch wenn man — unter rein konjunkturellen Aspekten — der wirtschaftlichen Entwicklung des zweiten Halbjahres eine bessere Note als der des ersten Halbjahres erteilt, weil ein entscheidender Faktor der allgemeinen Konjunktur, nämlich die Investitionstätigkeit, nicht nur in der Bauwirtschaft, sondern auch in einzelnen Bereichen der industriellen Ausrüstungsinvestition, sich in der zweiten Jahreshälfte weiter verstärkt hat, so kann dies das Urteil über die Gesamttendenz, die lediglich auf eine gewisse Stetigkeit, nicht aber auf Verstärkung des allgemeinen Fortschritts hinweist, nicht grundlegend ändern. Als Negativum bleibt zunächst, daß die sich hinter dieser Stetigkeit verbergende Differenzierung in der Entwicklung der wichtigsten industriellen Erzeugungsbereiche im Verlauf der zweiten Jahreshälfte nicht gemildert werden konnte, sondern mit ihren zum Teil völlig entgegengesetzten Entwicklungstendenzen noch ausgeprägter geworden ist. Auch wenn für diese Gegenläufigkeit, also „Krise“ im einen und „Hochkonjunktur“ im anderen Bereich, strukturelle Bedarfsverschiebungen oder auch nur temporäre Bedarfsausfälle eine wichtige Rolle spielen, so wird doch immer deutlicher, daß Strukturänderungen des Bedarfs selbstverständlich auch konjunkturelle Auswirkungen haben, und zwar z. Zt. mehr in negativer als in positiver Richtung.

Von nicht geringem, und zwar nachteiligem Einfluß ist die recht unterschiedliche Konjunktur der Einzelbereiche bei allgemein schwacher Expansion auch auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität (Bruttosozialprodukt je Beschäftigten) gewesen, die im zweiten Halbjahr 1958 ebenso wie in der ersten Jahreshälfte kaum noch einen Fortschritt zeigt. Die Rolle, die hierbei die konjunkturell auf der Schattenseite stehenden industriellen Erzeugungsbereiche gespielt haben, war zwiespältig. Im Bergbau z. B. zeigte die Entwicklung der Schichtleistung je Beschäftigten zunehmende Tendenz, so daß bei der sich verschlechternden Absatzlage erst durch Feierschichten die unerwünschten Auswirkungen dieses „Produktivitätsfortschrittes“ (Anwachsens der Halden) wieder abgeschwächt wurden. In den notleidend gewordenen Verbrauchsgüterindustrien nahm der Effizienzzuwachs dagegen ab, weil die tendenziell rückläufige Erzeugung nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Zahl der Beschäftigten führte. Im einen wie im anderen Falle wurde jedenfalls die Zahl der Beschäftigten nicht proportional mit dem Absatzrückgang reduziert. Fand in den von der Nachfrage her nur unzureichend ausgelasteten Erzeugungsbereichen eine relative Hortung von Arbeitskräften statt,

so wurde andererseits in den konjunkturbegünstigten Bereichen, wie vor allem in der Bauwirtschaft, aber auch in gewissen Zweigen der Investitionsgütererzeugung, der Mangel an Arbeitskräften zeitweise so fühlbar, daß die Erzeugungszunahme hier an physische Grenzen stieß.

Diese Konstellation auf dem Arbeitsmarkt hat vielfach den Eindruck entstehen lassen, daß die erheblich verlangsamte Expansion bei Vollbeschäftigung letztlich doch nur auf einen relativen Mangel an Arbeitskräften zurückzuführen sei. Hierbei wird jedoch außer acht gelassen, daß umgekehrt wiederum die verlangsamte Expansion gerade in den unter Nachfragemangel leidenden Bereichen zu Produktivitätsverlusten geführt hat, die in der praktisch stagnierenden gesamtwirtschaftlichen Effizienz zum Ausdruck kommen. Unter Berücksichtigung der oben gekennzeichneten Hortungstendenzen mit ihrem unausbleiblich weniger produktiven Einsatz zwar beschäftigter, aber nicht vollbeschäftigter Arbeitskräfte oder unter Berücksichtigung der Arbeitsstreckung durch Kurzarbeit usw. sind jedenfalls die Produktivitätsreserven größer geworden. Ihre Aktivierung kann jedoch nur von der Nachfrage her verwirklicht werden.

Die für den Verbrauch maßgebende Komponente, nämlich das Masseneinkommen, hat sich

dem verlangsamten Wachstum des Gesamteinkommens angepaßt und das Tempo seiner Zunahme ebenfalls verringert; außerdem wird aus dem kleiner gewordenen Zuwachs des Gesamteinkommens mehr gespart. Soweit es sich hier um die echte Ersparnisbildung der privaten Haushalte — Sparkonten, Wertpapiererwerb usw. — handelt, ist die Ersparnisbildung selbstverständlich erwünscht. Soweit es sich aber bei diesen nichtausgegebenen, d. h. dem Kreislauf zunächst entzogenen Mitteln um kurzfristige Einlagen der Wirtschaft handelt, d. h. sofern auch die Wirtschaft versucht, in Geld zu sparen, führt der Sparprozeß notwendigerweise zu kontraktiven, d. h. unerwünscht deflatorischen Effekten. Bisher konnte allerdings die stark zunehmende Ersparnisbildung bei nachlassender Verschuldungsbereitschaft der Wirtschaft durch die Verschuldung des Auslands ohne deflatorische Folgen realisiert werden.

Bei dieser Sachlage erscheinen die Bedenken, die immer wieder in der Diskussion um die Rentenaufbesserung geäußert werden, wenig überzeugend, vielmehr trifft die durch die Rentenaufbesserung erwartete und von ihren Gegnern gefürchtete Anregung des privaten Verbrauchs auf eine konjunkturelle Konstellation, die alles andere als anfällig für eine erneute inflatorische Übersteigerung ist.

## Ein „Nachtragshaushalt“ der SBZ für 1958

In einem kürzlich veröffentlichten Ergänzungsgesetz zum Staatshaushaltsplan für das Jahr 1958<sup>1)</sup> sind der Begründung nach die Änderungen im Staatshaushalt niedergelegt, die durch die Aufhebung der Lebensmittelrationierung und die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen notwendig geworden sind. Ohne jeden Kommentar werden fast nur die Veränderungen der Endsummen der Haushalte von Republik, Bezirken und Sozialversicherung bekanntgegeben; da diese aber Salden sehr komplizierter Verrechnungsvorgänge<sup>2)</sup> darstellen, wird über Art und Höhe der Vorgänge im einzelnen wenig ausgesagt. Es kann jedoch als sicher gelten, daß Ende 1957 die Aufhebung der Rationierung der Lebensmittel noch nicht fest vorgesehen war. Die Auswirkungen auf den Staatshaushalt, die auf jeden Fall abschätzbar waren, hätten dann bereits global in den Staatshaushaltsplan eingestellt werden können, so daß die nachträglich erforderlichen Abänderungen einen wesentlich geringeren Umfang gehabt hätten als jetzt in dem Nachtragsgesetz festgelegt wird.

<sup>1)</sup> Zweites Gesetz über den Staatshaushaltsplan 1958 vom 24.9.1958. GBl. der DDR 1958, Teil I, S 686.

<sup>2)</sup> Mehr- und Mindereinnahmen durch Änderungen der Verbrauchssteuern, insbesondere der Produktionsabgaben und der HO-Akzisen. Lohnzuschläge in der Volkseigenen Wirtschaft, zum Teil von den Abführungen an den Haushalt abgesetzt, zum Teil den Betrieben durch höhere Zuschüsse zugeführt. Kindergeld und Ehegattenzuschläge von den Betrieben bei den Abführungen an die Sozialversicherung abgesetzt, dieser dann aber aus dem Staatshaushalt wieder erstattet. Rentenzuschläge werden zwar primär von der Sozialversicherung getragen, jedoch bei erhöhtem Staatszuschuß. Einkommensteuern der privaten Betriebe erhöht durch Tarifierhöhung, jedoch vermindert durch erhöhte Betriebsausgaben infolge höheren Lohnaufwandes usw.

Die Endsummen des Gesamthaushaltsplanes, sowie der Haushaltspläne der Republik und der Bezirke der SBZ für 1958 in Mill. DM

	Gesetz vom 19. Dez. 1957	Gesetz vom 24. Sept. 1958
<b>Staatshaushaltsplan</b>		
Einnahmen . . . . .	40 136,7	41 533,3
Ausgaben . . . . .	40 128,7	41 526,3
Überschuß . . . . .	8,0	7,0
Überschuß aus Vorjahren . . . . .	1 220,5	1 220,5
Haushaltsausgleich Republik/Bezirke . . . . .	1 262,8	1 184,6
<b>Haushaltsplan der Republik</b>		
Einnahmen . . . . .	30 195,1	30 838,4
Ausgaben . . . . .	30 187,1	30 831,4
Überschuß . . . . .	8,0	7,0
Überschuß aus Vorjahren . . . . .	957,3	957,3
<b>Haushaltsplan der Bezirke</b>		
Einnahmen . . . . .	10 204,8	11 225,2
Ausgaben . . . . .	9 941,6	10 962,0
Überschuß . . . . .	263,2	263,2
Überschuß aus Vorjahren (in der Einnahmensumme enthalten) . . . . .	263,2	530,3

Außerdem fanden im Nachtragshaushalt auch Vorgänge ihren Niederschlag, die offensichtlich mit der Aufhebung der Lebensmittelrationierung nicht unmittelbar zusammenhängen. So sind zum Beispiel die staatlichen Zuweisungen zum Investitionsplan der volkseigenen Wirtschaft um 118 Mill. DM erhöht worden und in den Haushalten der Bezirke wurde der als Einnahme vorgetragene summierte Überschuß aus früheren Jahren um 267 Mill. DM höher ausgewiesen als

im ursprünglichen Haushaltsplan. Beide Vorgänge stehen vermutlich mit einem gleichzeitig erlassenen Gesetz in Verbindung, das sowohl die entschädigungslose Einziehung der im November 1957 eingereichten Banknoten anordnet, deren „spekulative Herkunft“ durch die Prüfungskommissionen der Räte der Kreise festgestellt worden ist als auch deren Gegenwert dem Nationalen Aufbauwerk der Kreise zuweist, die die Einziehung ausgesprochen haben<sup>3)</sup>.

Das Nationale Aufbauwerk wurde mit seinen Einnahmen (Anteile aus Toto- und Lottoüberschüssen sowie Spenden der Bevölkerung) und Ausgaben erstmals für das Jahr 1958 in die Haushaltspläne der betreffenden Kreise aufgenommen. Von den neu zugewiesenen Beträgen aus der Einziehung ist nun wahrscheinlich der Anfall aus dem Jahre 1957 nachträglich als Einnahme des Jahres 1957 verbucht worden und erscheint somit im Vorjahresvortrage. Da mit dem Betrage von 267 Mill. DM der Einziehungsvorgang noch nicht abgeschlossen gewesen sein wird, werden weitere Beträge aus dieser Quelle auch in der Einnahmeerhöhung für 1958 enthalten sein<sup>4)</sup>. Aus den Mitteln des Nationalen Aufbauwerks werden neben anderen aber auch Investitionen volkseigener Einrichtungen finanziert, womit wohl auch die erwähnte Erhöhung der Investitionsausgaben zu erklären ist.

Die sonstigen Staats- und Gemeindeausgaben sind, wenn man die Erhöhung der Investitionssumme um 118 Mill. DM und die Veränderung im Finanzausgleich der Haushalte von Republik und Bezirken mit 78 Mill. DM berücksichtigt, durch den Nachtragshaushalt um 1358 Mill. DM höher angesetzt worden. Etwa diese Höhe dürften auch die Zuschüsse des Staates für die bei der Aufhebung der Lebensmittelrationierung gewährten Lohnzuschläge, die Beiträge für Kinder und Ehegatten und die Rentenerhöhungen gehabt haben. Nach den Zahlen, die seinerzeit für Ost-Berlin genannt wurden, müssen die Aufwendungen für Lohn- und Gehaltszuschläge für die gesamte Zone knapp 700 Mill. DM betragen haben, die für Kinder- und Ehegattenzuschläge reichlich 500 Mill. DM. Die Mehraufwendungen für die Sozialversicherung, die im wesentlichen die Rentenerhöhungen betrafen, werden im Nachtragsgesetz mit 122 Mill. DM angegeben.

<sup>3)</sup> Gesetz über die Verwendung der beim Geldumtausch eingezahlten Beträge spekulativer Herkunft vom 24. 9. 1958, GBl. der DDR 1958, Teil I, S. 687.

<sup>4)</sup> Ende 1957 waren schätzungsweise rd. 800 Mill. DM Sparkonten aus der Umtauschaktion noch nicht wieder freigegeben. Siehe Wochenbericht des DIW Nr. 3/1958.

Von den Einnahmen dagegen hat der Überschuß der Mehreinnahmen über die Mehrausgaben aus der volkseigenen Wirtschaft (einschließlich des Verbrauchssteueraufkommens aus den Umsätzen der HO) 850 Mill. DM betragen, so daß also rund 500 Mill. DM Mehreinnahmen aus anderen Bereichen, insbesondere aus Steuereinnahmen der privaten Wirtschaft, erwartet werden. Ein Teil des letztgenannten Betrages kann aus echten Steuererhöhungen stammen, da unter anderem die Tarife der Einkommensteuer für private Betriebe und freigewerblich Tätige erhöht worden sind. Diese Mehreinnahmen mindern sich allerdings dadurch, daß die private Wirtschaft die von ihr zu tragenden Lohnzuschüsse gewinnmindernd als Betriebsausgaben verbuchen kann. Trotzdem muß der bei weitem größte Teil — schätzungsweise rund 1 Milliarde DM — der Mehreinnahmen jedoch auf den Saldo aus Erhöhung und Ermäßigung des Verbrauchssteueraufkommens entfallen.

Wenn die Verbrauchssteuererhöhungen die gleichzeitigen Steuersenkungen um rund 1 Milliarde DM überstiegen haben, würde dies, auf den Einzelhandelsumsatz von sieben Monaten umgelegt, eine Erhöhung des Preisniveaus im gesamten Einzelhandel um etwa 4,5 vH ergeben müssen. Zu diesem Ergebnis aber führt auch der Kaufkraftvergleich DM<sub>Ost</sub> gegen DM<sub>West</sub> auf Grund des Warenkorbes mittlerer Arbeitnehmer-einkommen<sup>5)</sup>. Zwar wird hierbei festgestellt, daß sich die Kaufkraft nach Aufhebung der Lebensmittelrationierung gegenüber früheren Untersuchungen kaum verändert hat. Für die beobachtete Periode aber (März 1957 bis Juni 1958) hat sich der Index für die Lebenshaltung in Westdeutschland um nahezu 4<sup>1/2</sup> vH erhöht, so daß die Nichtveränderung tatsächlich eine entsprechende Erhöhung der Lebenshaltungskosten in der SBZ bedeutet, die wieder im wesentlichen mit Bewegungen der Preise im Einzelhandel parallel laufen muß.

Im Mai dieses Jahres wurde behauptet, daß sich bei Aufhebung der Lebensmittelrationierung die notwendigen Preiserhöhungen und Preissenkungen im Ausmaße von je 2,6 Mrd. DM die Waage halten sollten; dies hat sich in der Durchführung nicht bestätigt. Auf Grund der Zahlen des Nachtragshaushaltes könnte diese Darstellung nur aufrecht erhalten werden, wenn sich die staatlichen Ausgaben bei anderen Ausgaben-gruppen um sehr hohe Beträge vermindert hätten; hierfür liegen aber keinerlei Anzeichen vor.

<sup>5)</sup> Siehe Wochenbericht des DIW Nr. 42/1958.

Gegenstand	Einheit †)	1957					1958								
		Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.
<b>Ver. Staaten von Amerika</b>															
Bruttoverbrauchsprodukt	Mrd. \$	23)	445,6	.	.	438,9	.	.	425,8	.	.	429,0	.	.	440,0
Privater Verbrauch	"	24)	288,3	.	.	287,2	.	.	286,2	.	.	288,3	.	.	292,0
Bruttoinvestition, privat einschl. Außenbeitrag	"	23)	70,3	.	.	63,4	.	.	50,1	.	.	49,7	.	.	55,0
Öffentlicher Bedarf	"	23)	87,0	.	.	88,3	.	.	89,5	.	.	90,9	.	.	93,0
Beschäftigte, gesamt <sup>1)</sup>	1000	E	66385	65674	66005	64873	64396	62238	61988	62311	62907	64061	64981	65179	65367
ohne Landwirtschaft	"	"	59562	59156	59168	59057	59012	57240	57158	57239	57349	57789	58081	58461	58746
Arbeitslose	"	"	2609	2552	2508	3188	3374	4494	5173	5198	5120	4904	5437	5294	4699
Produktion, gesamt <sup>2)</sup>	1947/49 = 100	D	145	144	142	139	135	133	130	128	126	128	132	134	136
Verarb. Industrie	"	"	147	146	143	141	137	135	131	129	128	130	134	136	138
Bergbau	"	"	129	129	127	123	123	121	118	112	109	109	112	116	120
Lagerhaltung der verarb. Ind. <sup>3)</sup>	Mill. \$	E	54203	54166	54103	53871	53520	52911	52445	52009	51486	50896	50246	49777	49453
Außenhandel, Generalimport	"	S	1043	1009	1148	1043	1141	1095	962	1072	1057	1063	1037	1050	953
Generalausfuhr	"	"	1677	1540	1674	1683	1639	1511	1345	1557	1531	1638	1408	1419	1396
Goldbestand, gesamt	"	E	22626	22435	22691	22763	22781	22784	22686	22394	22996	21594	21356	21210	21011
Zahlungsmittelumlauf, gesamt	"	S	31133	31073	31090	31661	31834	30576	30554	30666	30565	30994	31172	31171	31371
Bankdebitoren, gesamt <sup>4)</sup>	"	S	190539	189294	204168	189246	220376	212908	181729	203870	204126	195116	219465	206524	185849
Konsumkredite, gesamt <sup>5)</sup>	"	"	48101	43270	43274	43530	44776	43966	43043	42562	42665	43027	43122	43026	43217
Emissionen, gesamt <sup>6)</sup>	"	"	1934	3980	2670	3027	2692	3473	2487	3959	6963	2160	3050	2421	.
Neues Kapital <sup>6)</sup>	"	"	924	973	1090	789	1076	723	851	1561	1141	600	881	1101	.
Aktienkurse (500 Aktien) <sup>7)</sup>	1941/43 = 10	D	45,84	43,98	41,24	40,35	40,23	41,12	41,26	42,11	42,34	43,70	44,75	45,98	47,70
Kurse festverzinslicher Werte <sup>8)</sup>	vH	"	98,3	98,1	98,2	98,3	102,7	105,9	105,7	105,1	105,3	105,6	105,2	102,0	98,9
Staatseinnahmen	Mill. \$	S	6475	8109	8796	5845	6611	5243	7756	11182	6039	7334	11905	3624	6280
Staatsausgaben	"	"	5930	5667	6501	5806	5809	6011	5528	5749	6122	5846	6581	6613	6198
Großhandelspreise <sup>9)</sup>	1947/49 = 100	D	118,4	118,0	117,8	118,1	118,5	118,9	119,0	119,7	119,3	119,5	119,2	119,2	119,1
Lebenshaltungskosten <sup>10)</sup>	" = 100	M	121,0	121,1	121,1	121,6	121,6	122,3	122,5	123,3	123,5	123,6	123,7	123,9	123,7
<b>Großbritannien</b>															
Beschäftigte, gesamt <sup>1)</sup>	1000	E	23336	23334	23099	23082	23131	23087	23045	23022	23052	23077	23083	23094	23127
Registrierte Arbeitslose	"	"	265,6	267,4	275,2	316,5	355,5	395,5	424,5	433,1	443,7	447,5	429,3	411,9	445,6
Produktion, gesamt <sup>11)</sup>	1948 = 100	D	118	143	144	148	135	138	144	146	134	138	137,38	.	476,0
Verarb. Industrie	"	"	120	149	149	153	136	141	148	149	137	143	.	.	.
Textilindustrie	"	"	96	116	116	119	102	111	113	112	99	.	.	.	.
Außenhandel, Spezialimport	Mill. £	S	325,1	298,6	342,0	308,9	301,5	312,5	276,2	304,9	298,8	293,8	291,8	325,6	291,3
Spezialausfuhr	"	"	269,4	246,3	271,8	286,9	282,4	277,8	265,4	278,1	265,5	287,3	223,7	285,8	257,8
Bank von England, Goldbestand	"	E	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
Notenumlauf	"	"	1995,5	1970,9	1967,0	2001,4	2092,1	1957,2	1962,1	2018,0	2010,4	2033,9	2047,6	2128,9	2037,2
Emissionen, gesamt <sup>12)</sup>	"	"	43,5	.	.	122,6	.	.	120,1	.	.	99,0	.	.	.
Aktienkurse (Financial Times)	1935 = 100	D	199,2	190,2	170,6	166,6	166,7	164,0	159,3	161,5	168,9	168,0	173,5	176,0	184,5
Staatseinnahmen	Mill. £	S	497,7	288,8	269,5	460,1	291,3	715,7	822,6	687,2	290,2	489,2	264,4	282,3	512,4
Staatsausgaben	"	"	488,7	402,2	358,0	447,5	407,5	307,2	405,1	634,2	342,6	441,0	383,7	304,4	490,1
Großhandelspreise industrieller Güter <sup>13)</sup>	30. 6. 1949 = 100	D	140,5	141,3	141,6	141,6	141,6	141,7	141,7	141,7	141,7	141,7	141,7	141,7	141,7
Lebenshaltungskosten <sup>14)</sup>	17. 1. 1956 = 100	"	106,4	106,1	107,1	107,7	108,2	108,1	107,6	108,4	109,6	109,2	110,2	108,5	108,3
<b>Frankreich</b>															
Arbeitslose <sup>15)</sup>	1000	E	14,0	13,6	14,5	15,6	17,2	19,6	20,5	20,5	19,5	18,2	16,7	15,4	15,6
Produktion <sup>16)</sup>	1952 = 100	D	99	150	152	161	165	157	165	162	167	168	163	148	103
Außenhandel, Spezialimport	Mrd. frs.	S	166,8	159,1	166,4	175,8	210,1	216,0	194,1	223,8	211,3	218,6	207,8	194,9	161,9
Spezialausfuhr	"	"	130,9	134,7	168,5	170,9	195,0	174,5	173,8	186,5	171,8	160,1	181,2	180,2	146,8
Bank v. Frankreich, Goldbestand	"	E	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	201	248	248
Notenumlauf	"	"	3220	3302	3293	3140	3175	3192	3198	3192	3295	3286	3375	3438	3360
Emissionen v. Obligationen	"	"	0,5	—	0	20,2	0,7	0	20,0	0,1	12,1	12,1	0	0	
Aktienkurse (122 Ind.-Akt.)	1949 = 100	D	553	520	480	488	466	467	418	390	395	399	379	374	380
Kurse festverzinslicher Werte	"	"	128,6	127,4	127,4	129,2	129,1	128,0	127,6	125,6	123,9	125,5	127,0	129,6	130,1
Großhandelspreise (319 Waren)	"	"	149,6	150,3	154,9	160,9	164,4	166,4	165,7	166,4	166,2	171,7	167,8	165,9	167,6
Lebenshaltungskost. (Paris, 34W)	1. 7. 56—30. 6. 57 = 100	"	103,4	104,7	106,3	108,8	111,1	114,9	116,2	117,7	118,7	118,9	119,4	119,8	120,1
<b>Niederlande</b>															
Arbeitslose <sup>17)</sup>	1000	E	48,6	50,0	55,4	78,6	123,6	142,1	143,1	133,5	115,6	95,6	87,8	92,5	87,5
Produktion, arbeitstäglich	1953 = 100	D	117	127	125	128	124	119	122	124	127	134	133	118	122
Außenhandel, Spezialimport	Mill. hfl.	S	1276	1153	1333	1226	1182	1179	1090	1046	1144	1152	1124	1114	1063
Spezialausfuhr	"	"	875	1062	1139	1075	960	998	913	1012	912	1015	975	968	950
Niederländ. Bank, Goldbestand	"	E	2826	2649	2649	2649	2812	2995	3132	3203	3260	3332	3442	3480	3570
Notenumlauf <sup>18)</sup>	"	"	4046	4118	4060	3994	4203	3967	3949	4147	4142	4139	4205	4275	4124
Emissionen <sup>19)</sup>	"	"	48,6	2,2	28,2	381,8	65,3	56,7	1126,6	23,2	99,6	55,3	10,2	1,0	170,9
Aktienkurse	1953 = 100	D	222,0	208,8	182,8	179,1	169,2	171,6	177,9	180,9	184,5	190,4	199,0	200,8	205,4
Großhandelspreise	1948 = 100	"	144	143	143	143	143	143	142	142	142	140	140	138	137
Lebenshaltungskosten	1951 = 100	M	123	124	124	123	123	123	123	123	123	123	123	122	120
<b>Belgien</b>															
Arbeitslose <sup>20)</sup>	1000	D	84	88	94	119	190	204	204	204	175	167	159	150	146
Produktion, gesamt	1953 = 100	"	117,1	125,7	126,9	124,9	122,9	118,9	120,8	118,4	116,4	114,5	112,0	97,0	.
Außenhandel, Spezialimport	Mill. bfrs.	S	13688	13184	14658	13840	13994	13318	12267	13723	13638	12988	11998	12570	11410
Spezialausfuhr	"	"	10906	13062	14003	13132	12787	14173	12466	12976	12941	12089	11238	12668	10300
National Bank, Goldbestand	"	E	44112	43349	43820	43758	45823	47321	48369	49905	51424	54970	57047	57107	60625
Notenumlauf	"	"	110321	112325	110862	109388	112741	108904	109468	109629	113800	112140	112027	113974	114977
Aktienkurse	1953 = 100	D	160	154	142	138	134	133	126	130	127	129	137	137	142
Großhandelspreise	1936/38 = 100	"	439	438	439	439	441	497	431	428	425	422	421	420	.
Lebenshaltungskosten	1953 = 100	"	107,0	107,8	108,1	108,7	108,7	108,9	108,1	107,5	107,9	107,9	108,2	107,8	107,2
<b>Schweiz</b>															
Arbeitslose <sup>21)</sup>	1000	E	0,6	0,7	1,1	1,6	4,7	9,1	6,0	3,5	2,2	1,7	1,6	1,1	1,7
Außenhandel, Spezialimport	Mill. sfr.	S	656,4												